

## Offene Kirche steht für „Kirche mit Weitblick“

VON RAINER WEITZEL

Sparen um jeden Preis, so kann man das Ziel der Synodenmehrheit bei der Herbstsynode 2010 zusammenfassen. Schon in der Vorbereitung der „Spar“-synode durch die „AG-Zukunft“ war erkennbar, dass synodale Weggemeinschaft, d.h. hören und aufeinander zugehen verschiedener Positionen, nicht vorgesehen war. Der Synode wurde eine Sparliste vorgelegt, deren Veränderung im Verlauf der synodalen Beratung nicht mehr erwünscht war. Deshalb wollte die Synodenmehrheit das Paket im Beratungsverlauf nicht mehr aufschneiden lassen. Man war sich wohl der eigenen Mehrheiten nicht sicher.

Wie spart man? Die kluge Hausfrau würde sich vorher überlegen, was will ich erreichen, was ist wichtig und was unwichtig, was unbedingt nötig und was verzichtbar gemessen am definierten Ziel. Auch Landesbischof July hat als kluger Haushalter solche Überlegungen angestellt und eine Debatte über den zukünftigen Weg der Landeskirche angeregt und eigene Vorstellungen eingebracht. Die Synodenmehrheit jedoch fand, dass inhaltliche Überlegungen jetzt nicht den Fortgang der Sparwut behindern sollten. Dem Bischof wurde brüsk die Rolle des Pausenfüllers zugewiesen, er durfte seine Gedanken noch vortragen, eine Rolle in den Überlegungen der Synodenmehrheit spielten sie nicht.

Wird denn richtungslos gespart? Nein, natürlich nicht. Sieht man die Sparliste genauer an und zieht die Wunschvorstellungen, etwa durch Investitionskürzungen und Vorrühestandsregelungen zu sparen, ab, dann bleibt das Friedenspfarramt,

→ weiter auf Seite 2



Karikatur: Kostas Koufogiorgos

## Klimawandel in der Kirche jetzt!

VON RUTH BAUER

Die ungebremsste globale Erwärmung führt unweigerlich in die Klimakatastrophe, die Folgen des Klimawandels sind in den Entwicklungsländern schon jetzt deutlich spürbar. Experten sind sich einig, dass die Erwärmung deutlich unter 2° C bleiben muss. Dafür braucht es weltweit eine Energiewende und die Umsetzung und Förderung klimafreundlicher Entwicklungen. Unsere Kirche sollte dabei Vorbild sein.

Als Hauptverursacher des Klimawandels haben die Industrieländer eine klare Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern. Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung und globale Gerechtigkeit gehören zusammen und bedingen sich wechselseitig. Die Evangelische Landeskirche in Württemberg ist mit einem grob geschätzten Stromverbrauch von 96.000 Megawattstunden (46.000 MWh für Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen und 50.000 MWh für den diakonischen Bereich) und einer Klimaverantwortung von 56.400 Tonnen CO<sub>2</sub> energetische Großverbraucherin.

Richtungsweisende Beschlüsse der Landeskirche und der EKD fordern: „Zur Umkehr der Kirchen in Richtung eines nachhaltigen Lebens-

stils sind folgende Schritte notwendig: Gerechtigkeits- und Umweltfragen in der kirchlichen Agenda inhaltlich und strukturell eine höhere Priorität geben, Umweltmanagement in allen kirchlichen Häusern verpflichtend machen, weniger Energie verbrauchen und klimafreundliche Formen der Energieerzeugung bevorzugen...“ (aus der Denkschrift des Rates der EKD 2009).

**Die Verantwortung für die Mitwelt ergibt sich aus dem Bekenntnis zu dem dreieinigen Gott und dieses verpflichtet die ganze Kirche.** Das heißt u.a.: Die Wahrnehmung der Schöpfungsverantwortung gehört zu den Führungsaufgaben der Kirchenleitung. Der Umweltschutzgedanke wird integraler Bestandteil der kirchlichen Fort- und Ausbildung.

**Wir suchen bei allen Vorhaben die Wege, die die Umwelt am wenigsten belasten.** Das heißt u.a.: Wir wollen ökologische Bilanzen erstellen und streben Umweltbetriebsprüfungen (Öko-Audit) an. Wir wollen den Energieverbrauch in den nächsten Jahren kontinuierlich senken (Ziel 25 %) und bei Neubauten den Niedrigenergiehausstandard anwenden.“ (Ökologische Leitlinien für die Evang. Landeskirche in Württemberg von 1994)

### Und jetzt Taten!

Den Beschlüssen müssen jetzt Taten folgen: Der Grüne Gockel oder zumindest das Energiemanagement müssen landeskirchenweit flächendeckend mit Nachdruck eingeführt werden, was unter anderem die dringend benötigte, detaillierte Bestandsaufnahme des jährlichen Verbrauchs von Strom, Erdgas, Heizöl und Biomasse (Pellets und Hack-schnitzel) sowie der dienstlich ge-

**„Wir suchen bei allen Vorhaben die Wege, die die Umwelt am wenigsten belasten.“**

fahrenen PKW-, Bahn- und Flugkilometer in Kirchengemeinden und landeskirchlichen Einrichtungen beinhaltet. Eine Bestandsaufnahme sollte auch die vorhandenen „best practice“-Beispiele umfassen. Diese sollen im Internet anschaulich dargestellt werden und mit Kontaktadresse versehen sein.

→ weiter auf Seite 3

EDITORIAL



**Liebe Leserin, lieber Leser,**

Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung – wie weit sind wir gekommen? Über Frieden und Gerechtigkeit wird bei der AMOS-Preis-Verleihung sicher viel gesprochen. Aber wenn ich sehe, wie sich Christen aus Angst vor Muslimen an die Buchstaben der Bibel klammern, anstatt in froher Gewissheit, in Gottes schützenden Händen geborgen zu sein, Stellung zu beziehen und sich für Notleidende und Hilfsbedürftige einzusetzen, dann wundere ich mich doch. Liegt es vielleicht auch an PfarrerInnen, die die biblischen Geschichten nicht deutlich genug für heutige Leben übersetzen?

Bewahrung der Schöpfung: Gemeinden, die es ernst nehmen, werden vom Oberkirchenrat oft ausgebremst, jedenfalls nicht gefördert. Sonnenkollektoren auf denkmalgeschützte Kirchen? Huch, wo kämen wir da hin? Katrin Göring-Eckardt antwortete einem Pfarrer: „Tun Sie's einfach.“ Und warum werden große Pfarrhäuser, die einst für Familien mit vielen Kindern gebaut wurden, nicht verkauft und passende Wohnungen für PfarrerInnen gemietet? Es würde die Haushalte entlasten und Alleinstehende nicht zwingen, in einer Villa vier Zimmer zuzusperren.

Oder ökofairer Einkauf? Ich hatte den Chef der Diakonie, Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, gefragt, ob das für die vielen diakonischen Einrichtungen nicht kostengünstig möglich sei. Nein, jede Einrichtung regelt das selbst.

Leute, macht die Kirchen auf, lasst Luft und Sonne rein, damit die Gehirne anfangen zu denken! Man kann aber auch Johannes Küstner von „Brot für die Welt“ einladen, der Tipps hat zur Umkehr im persönlichen Bereich sowie Material für Schulen und Gemeinden, Telefon 0711/ 2159-11, E-mail: j.kuestner@brot-fuer-die-welt.de.

Renate Lück

→ Mehr zum Thema: Aktuelles und OK-Positionen unter [www.offene-kirche.de](http://www.offene-kirche.de).

OFFENE KIRCHE

## AMOS-Preis-Verleihung

Am 20. März wird in der Stuttgarter Erlöserkirche zum 6. Mal der AMOS-Preis für Zivilcourage in Kirchen, Religionen und Gesellschaft verliehen. Diesmal geht er an die 62-jährige Palästinenserin Dr. Sumaya Farhat-Naser und den 82 Jahre alten Israeli Reuven Moskovitz, die „seit vielen Jahren im Nahostkonflikt beispielhaft, gewaltfrei und prophetisch für Gerechtigkeit und Versöhnung stehen“, so die Jury aus Vertretern von Kirchen, Politik und Medien.

Farhat-Naser wurde in Bir Zeit bei Jerusalem geboren, besuchte die deutsche Schule Thalita Kumi und studierte in Hamburg Biologie, Geografie und Erziehungswissenschaft. Nach ihrer Promotion war sie bis 1997 Dozentin für Biologie und Ökologie an der Universität in Bir Zeit. Danach leitete sie das palästinensische Jerusalem Center for Women sowie das Rehabilitationszentrum der Herrnhuter Brüdergemeinde für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen auf dem Sternberg bei Ramallah. Sie tritt in Büchern und Vorträgen für die politische Aussöhnung zwischen Palästinensern und Juden ein. Ausgezeichnet werden soll ihre nach wie vor vorbildliche Friedensarbeit auf zwischenmenschlicher Ebene.

Moskovitz stammt aus dem nordrumänischen Shtetl Frumușica und ging 1947 nach Israel. Er arbeitete als Baggerführer und im Straßen-



FARHAT-NASER



MOSKOVITZ

bau, studierte Geschichte und hebräische Literatur und wurde Lehrer. Er war Mitbegründer des Kibbuzes Misgav Am an der libanesischen Grenze und des Friedensdorfes Newe Schalom/Wahat al Salam (auf deutsch: Oase des Friedens) zwischen Tel Aviv und Jerusalem, wo heute 50 Familien leben – Juden, Christen und Muslime. Er organisiert Studienreisen durch Israel und ist sowohl um die jüdisch-palästinensische Aussöhnung bemüht als auch um die deutsch-israelische. Er initiierte das Projekt „Versöhnungsräume und Versöhnungswege“ und engagiert sich auf Kirchentagen und für Aktionen, wie den Hungerstreik von Firas Maraghy in Berlin. Vorbildlich, so die Jury, sei Moskovitz darin,

„Wege zu suchen und zu gehen, um Feinde zu Freunden zu machen“.

Die Laudatio hält die israelische Rechtsanwältin Felicia Langer, die viele Jahre lang Palästinenser vor israelischen Gerichten verteidigt hat und jetzt in Deutschland lebt.

### Unterstützen Sie den AMOS-Preis

Spenden und Zustiftungen für den AMOS-Preis erbeten auf Konto 36 90 156 bei der EKK Stuttgart, BLZ 520 604 10

Evangelische Akademie muss zirka 700.000 Euro real einsparen, was eine Verminderung der Studienleitenden von 13 auf 9 bedeutet.

Besonders peinlich ist die Kürzung beim Beauftragen für den christlich-jüdischen Dialog. Wie empfinden das die Opfer der, auch durch christliche Schuld ermöglichten, Nazibarbarei, dass kein Geld da ist für eine ganze Stelle im so wichtigen christlich-jüdischen Dialog, die gleiche Synode aber 16,5 Millionen für die Sanierung der Immobilie Birkach sozusagen im Vorbeigehen durchwinkt. Das größte Schauspiel zu diesem Thema lieferte der Wortführer von EuK, Winfried Dalferth. Erst beantragte er, die Dialogstelle werden auf 50 % reduziert und die

den Antrag kurz darauf „im Interesse des Sparziels“ wieder zurückzuziehen. Einfach erbärmlich für einen Gesprächskreis, der sich seiner Tradition in der Bekennenden Kirche doch so rühmt.

Die Synodalen der Offenen Kirche haben in großer Einmütigkeit ihre ablehnende Haltung durch Anträge, in der Debatte und durch ihr Abstimmungsverhalten vertreten. Die Initiative „Kirche mit Weitblick“ haben sie dabei als hilfreiche Partnerin auf der Suche nach einer zukunftsfähigen Kirche empfunden. So wird es bleiben: Die Offene Kirche steht für eine „Kirche mit Weitblick“. Die Synodenmehrheit ist aufgerufen, zur synodalen Weggemeinschaft zurückzukehren.

OFFENE KIRCHE

## Wechsel im Vorstand

An der Jahresversammlung am 19. Februar standen wieder Vorstandswahlen an. Kathinka Kaden und Cornelia Brox kandidierten nicht mehr und wurden deshalb verabschiedet. Kathinka Kaden war seit 2005 erste Vorsitzende der OK, nachdem sie lange Zeit in der Redaktion mitgearbeitet hat. Eine Würdigung bringen wir in der nächsten Ausgabe.



Der neue Vorstand v.l.: Michael Seibt, Rainer Weitzel (stellv. Vors.), Ruth Bauer, Martin Plümicke, Ulrike Stepper (1. Vors.), Sabine Drecoll, Erich Haller, Renate Lück, Stephan Schwarz, Gunter Kaden (Kassierer)

→ Fortsetzung von Seite 1

Mit dem Land Baden-Württemberg wird derzeit im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie ein gemeinsames Konzept zur Energiesanierung denkmalgeschützter Gebäude erarbeitet. Ergebnisse müssen schnell vermittelt werden. Bei Pfarrhäusern muss die momentane Renovierungsförderung unbedingt weitergehen. Es braucht dringend einen klaren Fahrplan für die Erreichung der angestrebten Umweltschutzziele. Die Kompetenz des Umweltrats der Landeskirche muss besser genutzt werden, zum Beispiel auch für die Ausarbeitung bereichsspezifischer Standards für Neubauten, für die energetische Gebäudesanierung, für die Beschaffung von Geräten und Dienstwagen.

Wenn die Kirchenleitung in einem benzinparem PKW vorfährt oder womöglich sogar mit öffentlichen Verkehrsmitteln, ist das ein glaubwürdiges Zeichen. Zeigt zudem, dass das Auto eher ein Fortbewegungsmittel als ein Statussymbol sein sollte.

Die festgelegten Standards müssen bei der Planung von Neubauten und Renovierung von Gebäuden sowie bei Neubeschaffungen mit den Architekten und Handwerkern abgearbeitet werden. So wird sicher ge-

Cornelia Brox kam 1992 in den damaligen Leitungskreis „zum Schnuppern“, wie sie sagt. Dann wurde sie vom LK zugewählt und 1994 von der Mitgliederversammlung überwältig-

gend bestätigt. Von 1995 bis 2007 vertrat sie die OK auch in der Landessynode und engagierte sich besonders bei sozialen Themen, was nicht immer leicht war.



Rainer Weitzel verabschiedet Kathinka Kaden und Cornelia Brox

stellt, dass über die Vorgaben nachgedacht und abgestimmt wird. Den Gemeinden kann nicht vorgeschrieben werden, wie sie im Einzelfall entscheiden. Aber die Landeskirche unterstützt den Prozess, indem die Zuwendungen für die Maßnahmen entsprechend der CO<sub>2</sub>-Einsparungen „dosiert“ werden. Es kann dann nicht mehr passieren, dass es nach der Fertigstellung heißt: „Wenn wir das gewusst hätten, hätten wir es anders gemacht!“.

### OKR als Service-Stelle

Zur Durchführung brauchen wir eine kreative, kompetente und personell gut ausgestattete Bauberatung. Die Verwaltung entwickelt eine Finanzierungsstrategie zu Klimaschutz-Investitionen mit Refinanzierung durch die erzielten Einsparungen. Ein jährlich ausgelobter Kirchenklimakulturpreis wird ausgeschrieben. Ein Stromsparewettbewerb unter den Kirchengemeinden gibt Anreize.

Außerdem muss die Landeskirche die Potentiale von Wind-, Wasserkraft und Solarenergie kirchlicher Liegenschaften erheben, unabhängig von ihrer Nutzung durch Eigentümer, Energiegenossenschaften oder sonstigen Investoren. Einnahmen aus dem Bereich sollten weiteren Klimaschutzmaßnahmen zugute kommen.

Ziel ist, die Evangelische Landeskirche in Württemberg zur Vorreiterin im Bereich Klimaschutz und Schöpfungsbewahrung zu machen. Dazu gehört das öffentliche Bekenntnis zum Ausstieg aus der Atomenergie und zu einer Energiewende in Richtung CO<sub>2</sub>-Neutralität ebenso wie zu einer nachhaltigen Mobilitäts- und Esskultur, die Förderung eines Tempolimits, ökofaire Lebensmittelbeschaffung und Reduktion des Fleischkonsums.

In Aufnahme der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“, (hrsg. von Brot für die Welt, EED und BUND) diskutieren Gemeinden und Landeskirche die Möglichkeiten einer „Zukunftsfähigen Kirche“. Aktuell ist deren Schlusslage zwar nicht schlecht, d.h. es gibt viele gute, starke Worte, aber die Praxis muss schnell – um der Umwelt und um der Glaubwürdigkeit willen – besser werden!

Unsere ganzen Beschlüsse und Verlautbarungen werden nur in die Gesellschaft hineinwirken, wenn wir sie zuerst in unseren eigenen Bereichen umsetzen!

**Es gibt viel zu tun!**

RUTH BAUER  
OK-SYNODALE

## Das Kreuz mit dem Kreuz



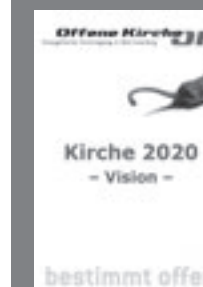
Am 17. Dezember 2010 rief Herr Schuler vom Oberkirchenrat bei der OK-Vorsitzenden an und forderte, das landeskirchliche Kreuz von der OK-Homepage zu entfernen. Es verstoße gegen einen Kollegiumsbeschluss aus dem Jahr 2009, nachdem dieses lila Winkelkreuz zwar für kirchliche Einrichtungen, wie Kirchengemeinden, nicht aber für kirchliche Gruppierungen verwendbar sei. Widrigfalls sei eine Abmahnung von zirka 630 Euro fällig.

Das Kreuz ist also trademark-geschützt – nicht jeder darf es benutzen! Man kann es zwar im Stuttgarter Medienhaus als Anstecker für 3,60 Euro in Gold, Silber oder Violett kaufen und somit kann es auch jeder tragen. Aber die kirchlichen Gruppierungen, die die Kirchenwahlen auf eigene Kosten mitorganisieren und sich bemühen, die Kirchenmitglieder über Themen in der Landeskirche und darüber hinaus zu informieren – die dürfen es nicht benutzen. Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich.

Renate Lück

### Kirche 2020

Das Visionspapier Kirche 2020, das eine Gruppe aus Bezirksverantwortlichen, Vorstandsmitgliedern und Fachleuten erarbeitet hat, lag zur Jahresversammlung auch gedruckt vor und kann nun in der Geschäftsstelle bestellt werden. Wer Internet-Anschluss hat, kann es auch von der OK-Homepage herunterladen. Zu finden ist es unter Aktuelles und OK-Positionen.



bestimmt offen

SKANDAL IN DER LANDESKIRCHE

KLIMAWANDEL

# Die Masken fallen

VON RAINER WEITZEL

Wenn man sie reden hört, die Strategen von Lebendiger Gemeinde und Evangelium und Kirche, die Dekane Teich und Dalferth, könnte man versucht sein, an die „synodale Weggemeinschaft“ und den „geschwisterlichen Geist“ zu glauben.

Doch ihr Handeln in der Synode lehrt uns Anderes. Es geht um den brutalst möglichen Gebrauch von Macht und Mehrheit. Schon im Zuge der Synodenberatung um das Sparpaket zeigte sich, dass synodale Weggemeinschaft und Zugehen auf die Minderheit nicht vorgesehen sind. „Durchgezogen“ nennt sich das im Politjargon. Die Minderheit kann entweder einlenken oder sie wird niedergestimmt und dann bezichtigt, sich zu „isolieren“. Widersprüche aus den eigenen Reihen haben ebenfalls keine Chance. In diesen Gesprächskreisen wird dann eben „gespurt“ – ein Fraktionszwang, der ja sonst immer der Offenen Kirche unterstellt wird.

Jetzt haben die beiden Strategen ihr Meisterstück abgeliefert. Michael Seibt, Vorsitzender des Ausschusses Kirche, Gesellschaft, Öffent-

lichkeit (KGÖ), wurde abgesetzt. Da eine Abwahl nach der Geschäftsordnung der Synode nicht möglich ist, wurde getrickst. Winfried Dalferth, der Anführer der Ränke gegen Michael Seibt, wurde selbst zum Vorsitzenden gewählt, sozusagen im Wege des konstruktiven Misstrauensvotums. Die Vorwürfe gegen Michael Seibt sind an den Haaren herbeigezogen oder schlicht erlogen. Er habe den Ausschuss nicht effektiv geleitet, er habe die Präsidentin „beleidigt“, er habe unzulässige Anträge stellen wollen, er sei nicht objektiv und unabhängig in der Leitung. Selbst wenn diese „Vorwürfe“ zuträfen, wären sie vielleicht Anlass für ein klärendes Gespräch im Ausschuss. Aber darum ging es nicht, es ging mal wieder um die Demonstration von Macht. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Rolle der Präsidentin Hausding. Ihre Aufgabe ist es, solche Konflikte in der Synode beizulegen. Sie aber zieht es vor, beleidigt in der Schmoll-ecke zu sitzen und dem Treiben der Strategen der Mehrheit zuzusehen oder es gar zu befeuern. Wer vertraut eigentlich noch dieser Präsidentin?

Das Angebot an die OK, sie könne weiter den Vorsitzenden stellen und Dalferth werde dann selbstverständlich zurücktreten, ist vergiftet. Glauben denn diese Herren wirklich, die Offene Kirche wird zulassen, dass diese Machtdemonstration zu Lasten der persönlichen Integrität ihres Synodalen und Vorstandsmitglieds Michael Seibt geht? Mag sein, dass das der Stil bei der LG und EuK ist, die Offene Kirche wird diesen Weg nicht beschreiten.

Die Offene Kirche wird unbeirrt ihren Weg gehen, für eine solidarische, demokratische, transparente und partizipatorische Kirche zu streiten. Die Wähler werden bei der nächsten Synodalwahl vielleicht besonders EuK eine Antwort auf ihr Verhalten geben.



Ein Bohrfahrzeug für die Tiefenbohrungen

## Darf's a bissle mehr sei? Klimafreundliche Gebäude der Landeskirche!?

VON ROMEO EDEL

Die Landeskirche in Württemberg hat sich der Empfehlung der EKD-Synode vom Herbst 2009 angeschlossen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2015 um 25 % zu reduzieren. Zudem ist unsere Landeskirche Mitglied der Klima-Allianz, die sich dazu verpflichtete, bis 2020 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 40 % zu verringern. Ehrgeizige Ziele, die es lohnen, sich dafür einzusetzen. Aber Ziele, die nicht im Spaziergang erreicht werden können.

Dabei ist wichtig, zwei Dinge zu unterscheiden, obwohl sie eng zusammen gehören. Wenn die Landeskirche – vor allem die Gemeinden – in den nächsten 10 Jahren einige Gebäude abstoßen, ist das rechnerisch ein erheblicher Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Ausstoßverminderung, doch die Energie wird dann vermutlich von anderen verbrannt. Wenn sich viele Gemeinden dafür entscheiden, den Strom

über die KSE (Gesellschaft zur Energieversorgung der kirchlichen und sozialen Einrichtungen) einzukufen, ist das ein wichtiges Signal. Wir wollen Strom, der regenerativ erzeugt wird, und wir wollen den Bau von weiteren regenerativen Kraftwerken. Aber vorläufig wird hier nur der Stromeinkauf bilanzmäßig zwischen unterschiedlich gesinnten VerbraucherInnen hin und her geschoben. Wer sich eine Pellet-Anlage einbauen lässt, trägt zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Bilanz bei, aber Energie ist damit noch nicht gespart. Es geht mir um den wichtigen Aspekt: Für die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes müssen wir kurz- und mittelfristig alles tun, was sich irgendwie sinnvoll vertreten lässt. Langfristig geht es aber vor allem um die drastische Reduzierung des Energieverbrauches. Denn so gut jede regenerativ erzeugte Kilowattstunde ist, es wäre noch besser, sie würde ganz eingespart.

### Nachfragen lohnt sich

Wir hatten in unserer Kirchengemeinde die seltene Chance für einen Neubau: ein großes Kinderhaus mit Gemeindefaal. Die Stadt verpflichtete sich, die Kosten weitgehend zu übernehmen, da die Kirchengemeinde das Baugelände zur Verfügung stellte. Die Vorgabe der Kirchengemeinde unter Beratung des Energiebeauftragten der Landeskirche war: Wenn wir schon etwas Neues bauen, dann bitte unter energetischen Kriterien, die besser sind als die gesetzlichen Vorschriften. Das Architekturbüro sah allerdings die Kosten durch die Vorgaben der Kommune gedeckelt und so ernüchterten uns die energetischen Planungen sehr. Denn man kann die Energie-Einsparverordnung einhalten, wenn man z.B. regenerative Energieträger einsetzt, das Gebäude selbst aber nur gut ist. So war es geplant: Durch eine kleine thermische Solaranlage und vor allem durch eine Gaswärmepumpe mit Erdsonden (eine wirklich gute Möglichkeit, regenerative Energiequellen zu nutzen) wurden die gesetzlichen Vorgaben eingehalten. Aber der eigentli-

che Energieverbrauch hätte weiter gesenkt werden können durch einen energetisch sparsameren Baukörper. Es hätte alles ein bisschen mehr sein dürfen: nur 16 cm Dachdämmung, nur 14 cm Wanddämmung, Fenster mit einem U-Wert von nur 1,3; Fertigstellung 2009.

Und so begannen die Nachverhandlungen. Wir entschieden uns für 4 cm mehr Dachdämmung, 2 cm mehr Außendämmung und Fenster mit einem U-Wert von 1,1. Als die Mehrkosten von ca. 40.000 € auf dem Tisch lagen, sagte der Versorgungsingenieur, dass wir dann nur die Hälfte der Heizanlage bräuchten: Nur eine statt zwei Gaswärmepumpen und nur vier statt sieben Tiefenbohrungen für die Geothermie. Ein interessanter Hinweis, aber wieso braucht es dazu erst das hartnäckige Nachfragen der Bauherren? Und was sparen wir dann? Antwort: Etwa 30.000 €! Eine Differenz von 10.000 € bei einem Gesamtvolumen von ca. 2,7 Mio € Baukosten, das war für uns dann keine Frage mehr. Wir gehen fest davon aus, dass diese Mehrkosten sich bei zu erwartenden steigenden Energie-

kosten im Laufe der Nutzungsdauer dieses Gebäudes von einigen Jahrzehnten deutlich rechnen. Und wir haben nicht nur CO<sub>2</sub> gespart, sondern vor allem auch Energie.

Noch eine grundsätzliche Nachbemerkung:

Wir werden in unserem Denken und Entscheiden immer wieder dadurch gebremst, dass die Investitionskosten und die Betriebskosten nicht aus der gleichen Tasche bezahlt werden. Hier müssen wir uns in der Kirche noch etwas einfallen lassen. Denn wir können es uns nicht mehr leisten, dass die eine Seite zurückhaltend bei den Investitionen ist, weil sie von den Einsparungen der anderen Seite nichts hat.

Weil niemand von uns weiß, wie sich die Preise im Energiesektor weiterentwickeln, gehen viele Ingenieurbüros für ihre Berechnungen immer noch von einer Energiepreissteigerung von null aus. Diese Annahme reicht aus, um einen qualitativen Vergleich zwischen verschiedenen Baukörpern oder Maßnahmen zu machen. Aber für die Nutzer ist es

dann doch sehr ernüchternd, wenn ihnen gesagt wird, die Außenwanddämmung rechnet sich frühestens nach 40 Jahren oder Fenster gar nie, da man nach 50 Jahren ja wieder neue brauche. Wenn wir Energiepreissteigerungen von 2 % oder 4 % oder noch mehr annehmen, was ich in Fortschreibung der letzten 50 Jahre für realistischer halte, kommen wir in die Bereiche, in denen fast alle energetischen Maßnahmen wirtschaftlich sind. Wir müssen in den nächsten Jahren bei allen Gebäuden, von denen wir annehmen, dass wir sie noch einige Jahre oder Jahrzehnte halten möchten, so viel Geld wie möglich für energetische Maßnahmen bereitstellen.

Es ist kein Spaziergang. Aber wir tun etwas für die CO<sub>2</sub>-Verminderung, für den geringeren Energieverbrauch und nicht unwesentlich auch für unsere Kassen in spätestens 10 oder 20 Jahren.

PFARRER ROMEO EDEL  
MITGLIED DES UMWELTRATES  
DER LANDESKIRCHE  
FACHAUSSCHUSS GRÜNER GOCKEL  
ENERGIEMANAGEMENT ESSLINGEN

LANDESKIRCHE



## Die Landeskirche bleibt in der Monarchie

VON MARTIN PLÜMICKE

Unsere beiden Anträge zur Schaffung von Kirchenkreisen und zur Wahl der Oberkirchenräte durch die Landessynode haben keine Chance auf eine Mehrheit. Dem üblichen Gebaren der Landessynode zu Folge ist jeweils lediglich ein Bericht des Ausschussvorsitzenden vorgesehen. Es wird also nicht einmal eine Debatte zu beiden Anträgen geben. Eine Beerdigung erster Klasse!

Mit der Schaffung von Kirchenkreisen wollten wir moderne Verwaltungsstrukturen in der mittleren Ebene der Landeskirche einführen und eine Strukturreform nachvollziehen, die das Land Baden-Württemberg bereits vor über 35 Jahren (!) durchge-

führt hatte. So bleiben in der Württembergischen Landeskirche die alten Oberamtsstrukturen aus der Zeit des Kaiserreichs von vor dem 1. Weltkrieg weiterhin bestehen. Die Kirchenkreisreform hätte die Stärkung der Kirchengemeinden bedeutet, indem man die Verwaltungsstellen in die Hand der Kirchengemeinden gegeben hätte. Die Kreisdekane wären durch die Schaffung von Codekanstellen bei der Dienstaufsicht und Visitation entlastet worden. Durch die Reform wären 28 Pfarrstellen in der Verwaltung frei geworden, die für die Gemeindearbeit und gesellschaftspolitische Aufgaben hätten eingesetzt werden können. Die Ablehnung der Kirchenkreis-

reform bedeutet also eine erhebliche Schwächung der inhaltlichen Arbeit in den Kirchengemeinden und den übergemeindlichen Diensten.

Die Wahl der Oberkirchenräte und Prälaten hätte laut unseres Antrags durch die Landessynode erfolgen sollen. Derzeit werden Oberkirchenräte und Prälaten durch den Landeskirchenausschuss gewählt. Der Landeskirchenausschuss wurde nach dem Abtreten des Württembergischen Königs 1919 an dessen Stelle gesetzt. Er tagt nichtöffentlich und seine Beratungen und Ergebnisse sind vertraulich. Das Verfahren ist intransparent. Weder eine Ausschreibung der Stellen

noch eine offizielle Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten gibt es. Die Wahl durch die Landessynode hätte in dieses Verfahren Transparenz gebracht und so den Oberkirchenräten eine wesentlich höhere Legitimation gegeben. Außerdem hätte sie das Miteinander von Oberkirchenrat und Landessynode gestärkt.

Leider ist die konservative Mehrheit der Synode nicht bereit, zwei Überbleibsel aus monarchischen Zeiten zu kippen und so die Kirche transparenter und demokratischer zu machen.

MARTIN PLÜMICKE  
OK-SYNODALER



MICHAEL SEIBT

GLASSE

KOMMENTAR

LANDESKIRCHE

BUCHTIPP

## Schöpfung bewahren!

Klimakonferenz war nix. Also, denke ich, mache ich mein Klima im Kleinen. Beim Einkaufen zum Beispiel. Tomaten aus Tunesien und dem Senegal – kamen die früher nicht aus Holland? Champignons aus Polen – wachsen die nicht auch in deutschen Kellern? Weißkohl aus Spanien, eingewickelt in Plastikfolie wie die Gurken! Sind wir noch zu retten? Der Kohl wächst doch bei uns um die Ecke auf den Fildern. Haben die keine Mieten? Aber auch auf dem Markt ist im Winter das meiste Gemüse aus Spanien. Das ist dort, wo sie kein Wasser haben und die Markrokaner illegal schufteten lassen.

Aus dem Briefkasten hole ich – sogar am ersten Weihnachtsfeiertag – packenweise Werbung. Neuerdings kommt noch „EINKAUF AKTUELL, ein Service der Deutschen Post“. Eingeschweißt in Folie. Das ärgert mich nun gleich doppelt. Erstens muss ich das extra aufschneiden, um es ordentlich entsorgen zu können. Und zweitens werden da Textilien angeboten, deren Preise höchstens die Transportkosten decken, aber niemals Material und Lohn. Das ist widerlich. Ich habe an die Post geschrieben, dass ich das nicht haben will. Geht nicht, war die Antwort, weil es unadressiert an alle verschickt wird. Es helfe nur ein Aufkleber „Keine Werbung“. Aber dann ist das Wochenblatt auch weg. Wenn dransteht „Kein EINKAUF AKTUELL“, darf der Postbote es nicht reinstecken. Was macht er dann damit? „Wegschmeißen“, sagt er. Kann man das nicht an den Absender zurückschicken: „Annahme verweigert“?



Renate Lück

**LITERATUR ZUM THEMA:** Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ zeigt, wie politisch Kaufentscheidungen sind. (Fischer Taschenbuchverlag, ISBN 978-3-596-17892-6)

# Homosexualität bekämpfen!?

*Der ungewöhnliche Vorgang, dass sich acht gewesene Landesbischöfe, darunter mit Theo Sorg und Gerhard Maier zwei aus Württemberg, in einem Brief an die EKD-Synodalen öffentlich zu Wort gemeldet haben, um Homosexualität im Pfarrhaus auszuschließen, hat öffentliches Aufsehen erregt.*

VON EBERHARD BRAUN

**a**nlass war die Begründung eines Artikels im neuen Pfarrerdienstrecht der EKD, wo es heißt, dass der Begriff „familiäres Zusammenleben“ bewusst weit gewählt wurde und auch „jede Form des rechtsverbindlich geordneten Zusammenlebens von mindestens zwei Menschen, das sich als auf Dauer geschlossene, solidarische Einstandsgemeinschaft darstellt“ einschließt. Das verstehen die Verfasser des Briefes als Erlaubnis, dass homosexuelle Pfarrerrinnen und Pfarrer mit ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin im Pfarrhaus leben dürfen, und das darf nach ihrer Überzeugung aus Gründen des Glaubens nicht sein. Sie begründen ihren Widerspruch mit Bibelstellen aus Römer 1, 1. Mose 1, 27 und schreiben: „Nach 1. Kor 6,9 f., und 1. Tim 1,10 schließt gleichgeschlechtliches Zusammenleben wie alles andere gerechtigkeitswidrige Tun von der Teilhabe an Gottes Reich aus.“ Die betreffenden Stellen gewöhnen „durch das Gewicht des Ausschlusses vom Heil des Reiches Gottes“ den Rang unbedingter Anweisungen. Am Ende geht es für die Verfasser „um nichts Geringeres als um die Frage, ob evangelische Kirchen darauf bestehen, dass die Heilige Schrift die alleinige Grundlage für den Glauben und das Leben ihrer Mitglieder und für den Dienst und die Lebensführung ihrer ordinierten Pfarrerrinnen und Pfarrer bleibt.“

### Glaubensgrundlagen gefährdet!?

Was für ein Vorgang! Wieder einmal ist die Sünde zentral im Bereich der Sexualität verortet. Wieder einmal muss die Bibel gerettet werden und wieder einmal muss sie zur Begründung jahrhundertalter Vorurteile herhalten.

Robert Leicht, langjähriger EKD-Synodaler und Mitglied im Rat der EKD, schreibt in seinem Kommentar in der ZEIT Nr. 4/2011, S. 54:

### Kritik an »Homo-Pfarrhaus« zurückgewiesen

„Gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind nicht bibelwidrig“, sagte der frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Manfred Kock, der »Frankfurter Rundschau« (14. Januar). Homosexualität gehöre »zu den Ausprägungen menschlicher Geschlechtlichkeit«. Die Kirche müsse alles tun, dass sie lebbar sei – »und zwar nicht verschwiegelt und heimlich im Bahnhofsviertel, sondern offen und verantwortlich«. Er warf den Autoren vor, sie erweckten den Eindruck, »Homosexuelle seien Menschen zweiter Klasse«. Kock war Ratsvorsitzender der EKD von 1997 bis 2003 und zudem Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland.

„Die schwerste Sünde, ja geradezu die Todsünde im mitmenschlichen Umgang sieht das Neue Testament in seinem griechischen Text in der *pleonexia*, also...in der rücksichtslosen Selbstsucht und der selbstherrlichen Annahme, dass die anderen und die Dinge nur zum eigenen Nutzen existieren. Solche verfluchte Habgier ... gibt es gewiss unter Menschen jeder geschlechtlichen Orientierung. Anstatt sich also an anatomischen Differenzen aufzuhalten und bestimmte, wenn auch epochenlang tradierte Vorstellungen von traditionell geordneten Geschlechterbeziehungen als unmittelbaren Ausdruck der göttlichen Schöpfungsordnung auszugeben..., sollten zumindest die protestantischen Kirchen ihren ethischen Blick allein auf das richten, was im Umgang zwischen Lebenspartnern einem ehrlichen Treueversprechen frommt.“

### Diskriminierung biblisch begründet?

Die Gesellschaft ist – wieder einmal – der Kirche weit voraus, wenn es darum geht, selbstverständliche Konsequenzen des Evangeliums umzusetzen (Partnerschaftsgesetz). Im Unterschied zu früheren Zeiten ist heute völlig klar, dass homosexuelle Menschen ihre Neigung nicht erfinden, sondern vorfinden, nicht wählen,

sondern haben. Darunter auch Pfarrerrinnen und Pfarrer. „Wer sagt, dass diese Neigung aus christlicher Sicht nicht in `naturgemäßer` Weise gestaltet werden kann, muss dafür Gründe angeben“, schreibt der Systematiker Bernd Oberdorfer. Der Brief ist der Versuch, die moralische, gesellschaftliche, rechtliche und dienstrechtliche Diskriminierung der Betroffenen zu begründen. Aber kann Diskriminierung von Menschen wirklich biblisch begründet werden? Paulus in Ehren, bei Jesus hör ich's anders! Der Lutherische Weltbund hat sich kürzlich zu Recht als *radically inclusive communion* (radikal einschließende Gemeinschaft) bezeichnet. „Sollte das für Schwule und Lesben nicht gelten?“ (ZEIT Nr. 4/2011, S. 54).

Jener Passus im EKD-Pfarrdienstrecht versucht, eine evangelische Selbstverständlichkeit für die Kirche einzuholen. Der Widerspruch der gewesenen Bischöfe dagegen offenbart ein verkürztes Bibelverständnis. Es verfehlt die Mitte, nach Luther „das was Christum treibet“, und die Menschen, um die es geht. Schade! Es gäbe ja durchaus wichtige Fragen, zu denen Alt-Landesbischöfe etwas sagen könnten. Mein Vorschlag: *pleonexia*, Habgier! Wir müssen unser Leben ändern!

# Kleider machen Leute, Titel auch

**d**er Nürnberger Pfarrer Dieter Schlee stellte im Sommer 2010 einen Antrag an die Bayerische Landessynode, bei der anstehenden Wahl eines Nachfolgers oder einer Nachfolgerin von Johannes Friedrich die Dienstbezeichnung „Landesbischof/Landesbischöfin“ wieder in das vorherige „Kirchenpräsident“ bzw. „Kirchenpräsidentin“ zu ändern. Die Regionalbischöfe bzw. Regionalbischöfinnen sollten bei der Gelegenheit wieder Kreisdekanane und Kreisdekaninnen werden.

Schlee begründete dies damit, dass die Öffentlichkeit mit dem Begriff „Bischof“ nicht eine Funktion (wie es die Kirchenverfassung nahelege), sondern eine besondere Qualität (in Anlehnung an die römisch-katholische Kirche) verbinde. Wenn in den Medien vom geistlichen Oberhaupt die Rede ist, werde kaum zwischen der römisch-katholischen Kirche und der evangelischen Kirche unterschieden. Dass sich die Landeskirche selbst dieser Terminologie bediene, sei theologisch nicht zu rechtfertigen, abgesehen davon, dass die Einführung der Amtsbezeichnung „Bischof“ im Bereich der evangelischen Kirchen dem Führerprinzip des Dritten Reiches geschuldet sei

und jeder biblischen Einsicht entbehre. „Schließlich begründet der Titel zwangsläufig eine deutliche Hierarchie, die wesentlichen Anteil an den großen Problemen hat, vor denen unsere Kirche derzeit steht. Die Umbenennung könnte ein deutliches Zeichen nach innen und nach außen sein, dass die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern wieder Abstand nimmt von einer weiteren ungunstigen Katholisierung, Hierarchisierung und Episkopalisierung unserer immer noch der Reformation verpflichteten Kirche.“

### Man müsste die Briefköpfe ändern!

Der Antrag wurde abgelehnt. „Interessant ist für mich, dass die Stellungnahme des Landeskirchenrats für die Synode nahezu ausschließlich juristisch argumentiert und nicht theologisch. Das offenbart einmal mehr das Dilemma unserer Kirche, die sich eher als Firma denn als geistliche Gemeinschaft versteht“, kommentiert dies Pfarrer Schlee.

Der Theologe Dr. Ludwig Frambach, ebenfalls Nürnberg, setzte in einem Artikel auf Zeit-online noch eins drauf: „Wieviel Hierarchie verträgt das Christentum?“ Nachdem er die

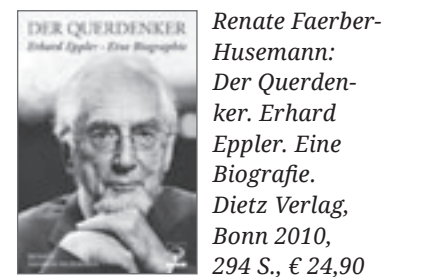
Verhältnisse zwischen Gott, den Engeln und Jesus („Er sagte Abba, also Papa zu Gott) geklärt hat und Luther zitierte mit: „Jeder Christ ist durch die Taufe zum Priester, ja zu Bischof und Papst geweiht“, stellt er fest: Im Himmel herrscht Anarchie (also Nicht-Herrschaft), aber auf der Erde werden Hierarchien installiert. „Vor zwei Jahren schlug der Landesbischof von Kurhessen-Waldeck Marin Hein vor, das Amt des EKD-Ratsvorsitzenden mit dem Titel „Evangelischer Erzbischof“ zu versehen. Frambach findet dagegen – wenn es denn unbedingt sein müsse – die Bezeichnung „Bundespfarrer“ oder „Bundespfarrer“ angemessen, also ein „Bupf“ als Gegenüber einer katholischen „Exzellenz“.

Oder soll der Titel dem Minderwertigkeitskomplex wegen der schlichten Gewandung der protestantischen Geistlichkeit den katholischen Kollegen gegenüber aufhelfen?

RENATE LÜCK

### WEITERE INFORMATIONEN:

Den Artikel „Hierarchie – Wer ist hier der Boss?“ von Dr. Ludwig Frambach finden Sie im Internet bei ZEIT ONLINE in der Sparte Gesellschaft: [www.zeit.de/2010/46/Bischoefe](http://www.zeit.de/2010/46/Bischoefe)



Renate Faerber-Husemann: *Der Querdenker. Erhard Eppler. Eine Biografie.* Dietz Verlag, Bonn 2010, 294 S., € 24,90

Erhard Eppler ist durch Kirchentag und viele Akademietagungen wohl bekannt. Er schrieb über ein Dutzend Bücher, darunter auch biografische. In unzähligen Artikeln äußerte er sich zur aktuellen Politik, zuletzt mit „Das Volk muss entscheiden“ zu Stuttgart 21. Was soll da noch eine Biografie, zumal eine so distanzlose? Die Autorin macht aus ihrer Bewunderung keinen Hehl. Für Kenner ist wenig Neues zu entdecken. Das Beste ist, dass Eppler ausführlich zu Wort kommt, denn jedes der zwanzig Kapitel wird durch ein Interview eingeleitet.

Schon in seinem Erstling 1971 „Wenig Zeit für die Dritte Welt“ befürchtete Eppler eine Dekade der Gewalt. Bevor es den Begriff Globalisierung gab, begriff er, dass man global denken und lokal handeln muss. Sehr früh erkannte er die ökologischen Herausforderungen. Dass er mit seinen Erkenntnissen immer wieder in der eigenen Partei scheiterte, focht ihn nicht an: „Eine Politik, die gar nichts anderes will als das Bestehende zu verwalten, so dass es einigermaßen funktioniert, das hat mich nie gelockt.“ (S. 129). Seine Gegner nannten ihn einen Untergangspropheten, wenn er immer wieder erklärte, dass der Markt die natürlichen Lebensgrundlagen zerstören werde. Bei Willy Brandt konnte Eppler noch Gehör finden. Doch die gegenwärtige Parteispitze der SPD möchte „den Fortschritt neu entdecken“. Sigmar Gabriel verkündet wie ein Mantra: „Gerade eine älter werdende Gesellschaft wie die deutsche braucht eine dynamische und wachsende Volkswirtschaft.“ Dabei ist vergessen, dass Eppler schon in frühen Landtagswahlkämpfen immer wieder darauf beharrte, dass man entscheiden muss, was wachsen soll: Müllberge? Psychische Krankheiten? Reparaturmaßnahmen aller Art?

Wir brauchen in der Tat ein neues Modell der Gesellschaft. Dabei sind die Gedanken Erhard Epplers weiterhin unverzichtbar. Wenn das Buch dazu beiträgt, hat sich die Mühe der Verfasserin gelohnt.

Wolfgang Wagner



Offene Kirche Geschäftsstelle

Gunter Kaden  
Am Bronnenbühl 2

73337 Bad Überkingen

**Mehr Inhalt,  
mehr Vielfalt,  
mehr Biss**

# ...ein Gespräch über Bäume...

VON EBERHARD BRAUN

Da sitzen sie vor mir, drei junge Leute, Kinder eines Jugendfreundes, der überraschend gestorben ist. Sie reden vom Vater, der sie verstanden habe, sich eingelassen auf ihre Gedanken.

Naturverbunden sei er gewesen und wie sie der Überzeugung:

Bäume sind was besonderes, Bäume leben, Bäume leiden, bluten, sind beseelte Wesen.

Nein, nicht nur Bäume, aber Bäume besonders.

Von jenem 300 Jahre alten Baum, der einer Straße, einem Brückenbau weichen musste, ist die Rede: Warum!? – die Stimme des Jüngsten klingt wie vor ein paar Minuten – da ging es um den plötzlichen Tod des Vaters – eine Stimme voller Trauer und Schmerz.

Unwillkürlich tauchen in mir die Bilder auf von den Menschen, die sich im Stuttgarter Schlossgarten an die alten Bäume ketten, und jenen, die mit Tränen in den Augen von „ihren Bäumen“ sprechen. Und der mit allen Wassern gewaschene Schlichter Geißler, wie er in hilflos mitleidendem Zugeständnis verkündet, dass die Bäume gerettet, verpflanzt, erhalten werden sollen.

Er und andere wissen wohl, dass das nicht geht und dass es, ginge es doch, nicht dasselbe wäre.

„An die Nachgeborenen“ heißt ein Gedicht Bertolt Brechts, im Exil der 30er Jahre entstanden und 1939 in Paris veröffentlicht:

*Wirklich, ich lebe in finsternen Zeiten! ...  
Was sind das für Zeiten, wo  
Ein Gespräch über Bäume fast ein  
Verbrechen ist.*

*Weil es ein Schweigen über so viele  
Untaten einschließt! ...*

*Ihr aber, wenn es so weit sein wird  
Daß der Mensch dem Menschen  
ein Helfer ist  
Gedenkt unserer  
Mit Nachsicht.*

Im Gespräch über Bäume 2010/11 sind die Bäume zum Symbol nicht mehr des Verdrängens, sondern des Verbrechens selbst geworden, lebendige Hinweiszeichen für die vielen Untaten!

Die Kette ist lang:  
nutz holz wald vietnam entlaubung  
pappel pellets insel rodung  
südamerika hackschnitzel siedlung  
verschwendung furnier regenwald  
afrika wegwerf möbel schwarz wald sterben.

Vom Baum singt Alexandra 1968. Sie nennt ihn Freund



aus Kindertagen und hat in seinem Arm geweint; nun sieht sie ihn gefällt am Wege liegen und klagt: *Mein Freund der Baum ist tot, er fiel im frühen Morgenrot.*

Da sitzen sie vor mir. Drei junge Leute. Sie sprechen von ihrer Überzeugung: Bäume sind was besonderes, Bäume leben, Bäume leiden, bluten, sind beseelte Wesen.

Sie bringen das in Verbindung mit germanischen Mythen und Traditionen.

Ich könnte manches dazu und dagegen sagen.

Aber ihr Schmerz löst in mir

vor allem Fragen aus:

Was hast du versäumt, versäumst du jetzt und wohl auch weiterhin?

Du – Christenmensch – Kirche – Aufklärung – Politik – wir mit unserem Credo (sarkastischer Schluss des Gedichts „Ein Gespräch über Bäume“ von Rudolf Hagelstange, das in Zusammenarbeit mit dem Reutlinger Holzschneider HAP Grieshaber entstand):  
*Der Mensch – ob tot,  
ob lebendig – bleibt weiter  
das Maß aller Dinge.*

Sie haben Recht, die drei: Es ist Zeit für ein Gespräch über Bäume....



## Ich will die Offene Kirche kennen lernen:

Senden Sie mir bitte ausführliches Informationsmaterial zu:

- Ein Probeexemplar der „anstöße“
- Das aktuelle Wahlprogramm der Offenen Kirche
- Den elektronischen Newsletter (auch im Internet abrufbar)
- Nennen Sie mir bitte den Namen eines Ansprechpartners/in in der für mich zuständigen Bezirksgruppe.

## Ich will die Offene Kirche unterstützen:

- Hiermit möchte ich Mitglied der Offenen Kirche werden mit Stimmrecht bei den jährlichen Mitgliederversammlungen.

## Bei Fragen dürfen Sie sich gerne an die Geschäftsstelle der OFFENEN KIRCHE wenden:

Tel: 0 73 31-44 18 14  
Fax: 0 73 31-44 18 13  
Mail: geschaeftsstelle@offene-kirche.de

## IMPRESSUM

Die Zeitung **anstöße** der Offenen Kirche wird herausgegeben vom Vorstand der Offenen Kirche.

Vorsitzende: Ulrike Stepper  
Ehrenvorsitzender: Fritz Röhm

Geschäftsstelle und Bestelladresse:  
Gunter Kaden, Am Bronnenbühl 2,  
73337 Bad Überkingen,  
Tel. 07331-441814, Fax 07331-441813,  
geschaeftsstelle@offene-kirche.de

Konten: OK-Konto: Kreissparkasse Ulm,  
Nr. 1661 479 (BLZ 630 500 00);  
AMOS-Preis-Konto: Evang. Kreditgenossenschaft (EKK) Stuttgart, Nr. 3690 156 (BLZ 520 604 10).

Redaktion:  
Renate Lück (V.i.S.d.P.), Rainer Weitzel, Eberhard Braun. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des/der VerfasserIn wieder und stellen nicht unbedingt die Meinungen der HerausgeberInnen oder der Redaktion dar.

Redaktionsadresse:  
Renate Lück, Friedrich-Ebert-Straße 17/042,  
71067 Sindelfingen, reenate.lueck@offene-kirche.de

Gestaltung und Satz:  
www.solutioncube.com

Druck:  
Druckzentrum Neckar-Alb

Versand:  
Behindertenzentrum (BHZ),  
Stuttgart-Fasanenhof

Bezug:  
Die Zeitung **anstöße** der Offenen Kirche erscheint nach Bedarf. Für Mitglieder der Offenen Kirche ist das Bezugsgeld im Mitgliedsbeitrag eingeschlossen.

Bildnachweis:  
S. 2 links: privat; Farhat-Naser: www.profax.ch,  
Moskovitz: Hanja Van Dyck; S. 3 links: Braun,  
rechts: Lück; S. 4 links: solutioncube, rechts: Edel;  
S. 8: shutterstock.

Auflage:  
12.000 Exemplare

**Wir bitten ausdrücklich um Zusendung von Manuskripten, Diskussionsbeiträgen, Informationen, Anregungen und LeserInnenbriefen. Die Redaktion behält sich das Recht an Kürzungen vor.**

Umweltfreundlich gedruckt auf  
80% Recycling-Papier.

**Offene Kirche JK**

Weitere Informationen über die Offene Kirche und aktuelle Berichte zu unseren Themen finden Sie unter [www.offene-kirche.de](http://www.offene-kirche.de)

## Absender/in

NAME

STRASSE

PLZ/ORT

TELEFON/FAX

E-MAIL

GEBURTSTAG\*

BERUF\*

\*Freiwillige Angabe

[www.offene-kirche.de](http://www.offene-kirche.de)